



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/3645, 18/4298

Für ein starkes Bayern in Europa – Maßnahmen zur Stärkung der Personalpräsenz und zur Förderung der Europakompetenz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für eine starke Interessensvertretung Bayerns auf europäischer Ebene einzusetzen. Hierzu sollte im Rahmen der vorhandenen Stellen und Mittel die Personalpräsenz in Europa nochmals gestärkt und zugleich die Europakompetenz innerhalb der Verwaltungen gefördert werden.

Dabei sollten insbesondere folgende Maßnahmen fortgeführt und weiterentwickelt werden:

- stärkere Information über aktuelle europapolitische Themen, z. B. durch ressortübergreifende Veranstaltungsreihen oder allgemeine Veranstaltungen zur Europapolitik und deren rechtliche bzw. fachliche Grundlagen
- Start einer ressort- und laufbahnübergreifenden Informationskampagne, um über die vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, z. B. auch bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik bei der Europäischen Union, der EU-Kommission und anderen Institutionen und die dazu gehörigen Programme (z. B. NSBW – Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung) zu infomieren
- Prüfung der Möglichkeit für eine geeignete, permanente Information über Einsatzmöglichkeiten und offene Positionen auf europäischer Ebene an möglichst viele Mitarbeiter (z. B. in Form eines Newsletters, laufbahnunabhängig)
- Prüfung der Möglichkeit zur Ausweitung von Hospitationen von Mitarbeitern aus den Verwaltungen, damit Beschäftigte, die sich ggf. auch für eine Tätigkeit auf EU-Ebene interessieren, auf diese Weise einen ersten Eindruck gewinnen
- Prüfung der Möglichkeit zur Einführung von kurzfristigen Aufenthalten
- stärkere Werbung für ressortübergreifende Fortbildungsprogramme, wie z. B. das „Exzellenz Programm Europa“

- Gründung eines institutionalisierten Ehemaligen-Netzwerks, um den Erfahrungsaustausch ressortübergreifend und für eine Breite interessierter Beschäftigter zu ermöglichen, sowie um Verbesserungen bei der Kontaktpflege mit aktuell vor Ort in Brüssel Tätigen zu erreichen
- Prüfung von Möglichkeiten für eine unbürokratische Unterstützung von Interessenten bei allen Fragen im Zusammenhang mit der Übernahme einer Auslandstätigkeit, z. B. durch die Schaffung von festen Ansprechpartnern in den Staatsministerien oder eines ressortübergreifenden Ansprechpartners
- gemeinsames Verständnis der Personalentwicklung bei Übernahme einer Tätigkeit auf europäischer Ebene
- Prüfung der Möglichkeit für die Schaffung und Pflege eines möglichst ressortübergreifenden Pools von Interessenten für eine Tätigkeit auf europäischer Ebene
- Prüfung von Möglichkeiten zur Unterstützung beim Erwerb bzw. bei der Verbesserung von notwendigen Sprachkenntnissen

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident